

Nützt uns die Personenfreizügigkeit?

Seit die Personenfreizügigkeit in Kraft getreten ist, hat die Zuwanderung in die Schweiz rasant zugenommen. Die Nettoeinwanderung in unser Land hat sich vervielfacht, was vielfältige Auswirkungen auf unser Land hat. Die Nordwestschweiz ist besonders betroffen. Das Bruttoinlandprodukt ist zwar gewachsen, das Bruttoinlandprodukt pro Kopf hingegen stagniert; der Einzelne hat am Ende nicht mehr im Portemonnaie. Die Arbeitslosigkeit hat zugenommen, nicht so stark wie die Bevölkerung, immerhin, aber Zugewanderte aus der EU belasten unsere Sozialwerke überproportional, und der Druck auf Arbeitnehmer, besonders ältere, steigt. Der Zuwachs an Arbeitsstellen hat fast ausschliesslich im staatlichen oder staatsnahen Bereich sowie in der Baubranche zugenommen - die Zuwanderung absorbiert das Wirtschaftswachstum selbst, während das restliche Gewerbe und die Industrie kaum Stellen geschaffen haben. Die Lebensqualität hat durch die Bevölkerungszunahme abgenommen: Wachstum des Staats und zunehmende Regulierung, Zersiedelung, Belastung der Infrastruktur und der Natur und gesellschaftliche Probleme sind der Preis, den wir für dieses Abkommen zahlen. Für den Einzelnen heisst dies: Wirtschaftlich ein Nullsummenspiel - Menschlich ein Verlustgeschäft.

Dieses Abkommen, das der Schweiz 1999 gegen den Willen des Bundesrats durch die EU aufgezwungen wurde, muss neu verhandelt werden, wie dies der Vertrag selbst vorsieht. Die Begrenzungsinitiative der SVP gibt dazu dem Bundesrat ein starkes Mandat, die Interessen der Schweizerinnen und Schweizer gegenüber Brüssel neu zu verhandeln. Deshalb lege ich ein überzeugtes JA zur Begrenzungsinitiative in die Urne.

Dimitrios Papadopoulos, 4310 Rheinfelden.